

Elze / Coppenbrügge Bereits im Dezember 2011 hat das Aktionsbündnis BI Transit Weserbergland zusammen mit der BI Transit Hameln eine von mehr als 11 500 Bürgern unterzeichnete Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet, damit der geplante Ausbau der Südroute für den Güterverkehr noch einmal überdacht wird. Nun hat sogar die Landesregierung ihre Unterstützung zugesagt – und passiert ist immer noch nichts.

„Wir möchten einen fairen Variantenvergleich erreichen“, erläutert Diethard Seemann sein Anliegen. Er kämpft seit dem Bekanntwerden durch die Bahn darum, dass das unberührte Weserbergland auch in Zukunft nicht für den Massengüterverkehr genutzt wird. Die Südroute verläuft auch durch Elze. Hier würde die Strecke von einer eingleisigen Spur auf zwei Spuren erweitert.



„Bei mir vor der Haustür wurde die Bahnstrecke erst vor Kurzem auf die Eingleisigkeit zurückgebaut“, sagt Diethard Seemann, der Vorsitzende der Bürgerinitiative. Ihm will einfach nicht einleuchten, warum die Bahn von den ursprünglichen Plänen, die Nordroute weiter auszubauen, abrücken möchte. Die Nordroute führt vom Ruhrgebiet über Berlin nach Ostdeutschland und ist komplett vierspurig. Hierauf liegt die Masse der Gütertransporte auf der Ost-West-Trasse. „Lediglich das Nadelöhr zwischen Minden und Wunstorf ist durch den Weserdurchbruch nur zweispurig“, hat Diethard Seemann sich mit der Materie genauer beschäftigt. Hier wäre der Einschnitt in die Natur seiner Meinung nach wesentlich geringer als im Weserbergland. Die Bahn sähe jedoch bei der Nordroute einen höheren finanziellen Aufwand: Während die Zweispurigkeit der Südroute laut Bahnrecht unbegrenzte Gültigkeit hat und als Bestand gilt, auch wenn sie inzwischen zurückgebaut wurde, wäre die Vierspurigkeit der Nordroute ein Neubau: „Das heißt, hier müsste die Bahn in Schall- und Erschütterungsschutz investieren, bei unserer Südroute nicht“, macht Diethard Seemann deutlich. Zwar gelte die Nordroute bereits als überlastete Strecke, doch ein Verteilen der Zivilisationslasten auf mehrere Gebiete sei nicht sinnvoll. Deshalb kämpft die BI darum, dass die Argumente noch einmal vom Bundestag erhört werden, bevor er sich auf eine Strecke festlegt. Diese Festlegung könne schneller kommen, als die Mehrheit der Bevölkerung denkt: Im Bundesverkehrswegeplan, der bis 2015 beschlossen werden soll, wird bereits eine Entscheidung für eine Strecke gefällt. Deshalb erinnert die Bürgerinitiative die Abgeordneten jetzt mit einem Offenen Brief an die Petition.